

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Großdruck: Kreis-Spartasse Laasphe Nr. 89. Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe.

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg. Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg. Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg. —: Postfachkonto Nr. 404 49 Amt Kbln.

Nummer 286

Wernspracher Nr. 1

Laasphe, Montag den 8. Dezember 1930

55. Jahrgang

Die Notverordnung bleibt bestehen

Erfolg der Reichsregierung

X Berlin, 6. Dezember.

Der Reichstag lehnte am Samstag den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten, die das Finanzprogramm der Reichsregierung in Kraft setzte, mit 293 gegen 253 Stimmen ab.

Für die Aufhebung der Notverordnung stimmten mit den Antragstellern (Nat.-Soz., Komm., Deutschnat., Wirtschaftspartei) auch die Landvolkpartei. Die Regierung erzielte eine Stimmenmehrheit von 40.

Sitzungsbericht.

Präsident Lobe teilte bei Eröffnung der Samstagssitzung des Reichstags das amtliche Schreiben über den Rücktritt des bisherigen Reichsfinanzministers Dr. Brüning mit.

Die Aussprache über den

Etat 1931, die Notverordnung

und die dazu vorliegenden Anträge wird fortgesetzt.

Abg. Dörfling (D.D.) bezeichnet die Notverordnung als einen völligen Verstoß. Nicht annehmbar seien auch die darin enthaltenen Mietrechtsbestimmungen. Die Regierung müsse sich endlich freimachen von dem Einfluß der Sozialdemokraten.

Abg. Eisenberger (D.V.) erkennt an, daß die Regierung den festen und ersten Willen habe, die Finanzen zu sanieren. Darum sollte man trotz aller Bedenken im einzelnen die Regierung unterstützen und nicht denen folgen, die durch eine Katastrophentheorie das Reich in Gefahr bringen. Die deutsche Fortwirtschaft müsse geschützt werden gegen das russische Golddumping.

Abg. Wiener (Wp.) wendet sich gegen die Methode, mit der Minister Schiele dem Getreidebau helfen will. Es sei ganz verkehrt, nur nach Böllen zu schreien und die Landwirte gegen die Bäcker auszuspielen. Eine Lösung sei nur möglich, wenn die Landwirte, die Müller und Brotzeuger an einen gemeinsamen Verhandlungstisch gebracht werden.

Abg. Dr. Kleiner (Dn.) erklärte, Dr. Brüning habe seinen fachlichen Ruf über die Tributfrage in durchaus unangebrachter persönlicher und gehässiger Form beanstandet. Er habe nicht geglaubt, daß die Gepflogenheiten seiner neuen Koalitionsfreunde so schnell auf einen bisher in Form und Haltung achtbaren Mann abfärbten würden. Der Reichsaussenminister habe die Kundgebungen gegen Polen gewissermaßen als Agitation bezeichnet. Solche Kundgebungen seien in Wahrheit das Einzige, was wir unseren bedrängten Volksgenossen zur Wiedererhaltung ihres Glaubens und Willens geben könnten, die unter der Regierung zu Bruch gegangen seien. Wenn in einem anderen Lande einem Volkstum derartige Verdrückungen auferlegt worden wären, dann wäre das ganze Volk in Empörung aufgestanden und die Minister hätten sich an die Spitze der Bewegung gestellt. (Zustimmung rechts.) Gegenüber allen Verdrückungen des deutschen Volkes stelle der Redner fest, daß das Deutschland längs der künftigen Grenze nicht einmal den Versuch gemacht habe, Vergeltung für die Drangsalierung seiner Brüder und Schwestern zu üben.

Während dieser Ausführungen rufen Deutschnationalen und Nationalsozialisten fortwährend: „Wo ist Curtius?“ Das interessiert ihn nicht! — Die Kommunisten rufen: „Ihr macht es so mit den deutschen Erwerbslosen!“ Während dieser Rärmereien tritt unter dem Hako der Rechten Reichsaussenminister Dr. Curtius den Saal.

Als Dr. Kleiner einen Terrorfall in Einzelheiten schildert, ruft ein Sozialdemokrat: „Das sind ja Latrinenparolen!“ Mit drohend erhobenen Fäusten stürmen darauf verschiedene Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Landvolkangehörige gegen die Mitte mit dem Ruf: „Verbrecher!“ — Vizepräsident Stöhr erhebt die Abgeordneten, die Plätze einzunehmen und fordert den Außer des Wortes „Verbrecher!“ auf, sich zu melden. Ein Landvolkangehöriger erhebt die Hand, wird aber in dem allgemeinen Tumult nicht bemerkt.

Als sich der Lärm etwas gelegt hat, fährt

Abg. Dr. Kleiner (Dn.) fort: Das preussische Innenministerium hat erst Herrn Abegg, dann Herrn Rathenau nach Oberschlesien geschickt. Ist es bei uns so weit gekommen, daß die Fragen des Deutschentums ausgerechnet von Juden behandelt werden müssen? (Lebhafter Beifall rechts.) Brüning, Curtius und ihre Regierung müssen vom Throne gestürzt werden. Wir wollen ein deutsches Reich, das im Sinne Hugenberg und Gilders für deutsche Freiheit kämpft. (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen und Nationalsozialisten.)

Abg. Schumann-Thüringen (Komm.) schildert das Wohnungselend und bekämpft die Wohnungsbaubestimmungen der Notverordnungen.

Abg. Schneider-Breslau (Nat.-Soz.) führt aus, die Not der deutschen Bauern könne nicht durch die Organisationen und die alten Parteien behoben werden. Die Schuld trage die falsche deutsche Wirtschaftspolitik. Wer heute für den Lohnabbau eintritt, ist ein Verräter an der Arbeiterschaft und am deutschen Volk. (Beifallsstürmen bei den Nationalsozialisten.) — Rufe bei den Kommunisten: „Ihr stellt doch die Streikbrecher!“ — Lebhafter Widerspruch bei den Nationalsozialisten. Während Arbeiter und Bauern hungern, mühen sich die Drohnen der Wirtschaft, die Generaldirektoren der großen Unternehmungen, die Bank- und Börsenführer.

Abg. Trofmann (Bayer. Wp.) begrüßt die in der neuen Notverordnung vorgenommenen Änderungen der Bestimmungen über die Krankheitsentgelte. Zu bebauern sei aber die Einschränkung der Befugnisse der Landesversicherungsämter.

Abg. Graf Westarp (Komm.) betont, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Reformen Wert und Bedeutung erhalten, wenn ihnen eine durchgreifende Verwaltungs- und Verfassungsreform und ein wirklicher Schutz deutscher und christlicher Kultur zur Seite tritt. In letzter Stunde richte er die erste Mahnung an das Kabinett, außenpolitisch auf der gewonnenen Grundlage mit größter Entschlossenheit vorwärts zu schreiten. Es wäre der schwere Fehler, mit außenpolitischen Diversionen zu warten, bis die Reformen ihre sanierende Wirkung ausüben können. Darüber müsse volle Klarheit geschaffen werden. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wolle und könne nicht länger darauf warten, daß die ungerechte Tributlast von ihm genommen werde. Nur dann werde auch das innenpolitische Programm zum Segen Deutschlands werden.

Reichsfinanzminister Dietrich führte aus: Bei der Tabaksteuer hat ein Redner gesagt, ich hätte mich dahin geäußert, daß bei jeder Steuer ein Gewerbe zugrunde gehen könne. Davon ist keine Rede. Selbstverständlich kann ein Gewerbe benachteiligt werden, aber es wird hier nicht so schlimm werden, wie man das gesagt hat.

Minister Dietrich ging auf verschiedene Angaben des Abg. Reinhardt über den Etat ein und fuhr fort: Der Abg. Reinhardt hat ferner gesagt, wir hätten für das Volksbegehren 360 Millionen ausgeben, die im Etat versteckt seien. Es handelt sich aber nur um 650 000 Rmk. im Etat, und davon sind noch 300 000 Rmk. gestrichen. Es handelt sich also nur um 350 000 Rmk. und nicht um 360 Millionen, wie der Abg. Reinhardt gesagt hat. (Heiterkeit.) — Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.): Ich habe selbstverständlich nur 360 000 Rmk. gemeint.)

In der Debatte sind auch die außenpolitischen Fragen berührt worden, soweit sie mit unserer Wirtschaft- und Finanzlage in Verbindung stehen. Wir haben immer erklärt, daß es die erste Aufgabe unseres Planes sei, unsere Finanzen in Ordnung zu bringen und damit zugleich die Grundlage zu schaffen für ein Wiederaufblühen unserer Wirtschaft. Ich selbst habe bereits vor einiger Zeit einmal ausgesprochen, daß nur geordnete Finanzen dem deutschen Volk die Freiheit des Handels in der Außenpolitik wieder gewähren können. (Lebhafter Zustimmung.) Diese Auffassung steht in voller Übereinstimmung mit der Meinung des Herrn Reichsfinanzministers und des Herrn Außenministers.

Abg. Berndt (Dn.) bezeichnet den preussischen Staat unter seiner jetzigen Regierung als ein Schulbeispiel marzipantischer Gewalttätigkeit. Die Deutschnationalen Volkspartei beantrage deshalb die Einstellung der Polizeikostenzuschüsse an Preußen vom 31. Dezember. Das sei notwendig, während die Aktion des Reichsinnenministers gegen Thüringen auf schärfste verurteilt werden müsse. (Beifall rechts.) Schärferer Protest sei geboten gegen die polizeiliche Absperrung des Reichstags und gegen die polizeilichen Angriffe auf nationale Studenten. Auf der anderen Seite gelte die preussische Polizei die unerhörte Selbstbeschränkung Deutschlands durch die Zulassung des amerikanischen Geheims. Im Westen nichts Neues. Als der Redner von der Reichsregierung sagt, sie sei nur die Karikatur einer Führung, greift Vizepräsident Stöhr ein mit der Mahnung: Herr Abgeordneter, dieser Ausdruck ist nicht angemessen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) — Heiterkeit.

Reichsinnenminister Dr. Brüning, der von der Rechten mit „Aha!“ Rufen empfangen wird, erklärt, er habe seine Bereitwilligkeit erklärt, die Interpellation zu beantworten. Mein Herz steht ja danach, so ruft er, mit Ihnen (zu den Nationalsozialisten) eine eingehende Aussprache zu haben. (Heiterkeit), heute steht aber dazu die Zeit.

Vizepräsident Stöhr bittet den Minister, vom Rednerpult aus zu sprechen. Der Minister lehnt das ab.

Vizepräsident Stöhr: Der Minister hat an sich das Recht, von seinem Platz aus zu sprechen; aber die gesamte Rinde und die Stenographen würden ihn besser verstehen, wenn er von der Mitte aus spricht.

Reichsinnenminister Dr. Brüning: Das werde ich tun, wenn ich eine Rede zu halten habe. Heute habe ich nur eine geschäftliche Erwähnung zu machen. Die Nationalsozialisten haben mir bisher das Material über die Verfolgung ihrer Bewegung nicht übermittelt. (Zurufe des Abg. Göttsch (Nat.-Soz.): Herr Dr. Brüning, jetzt habe ich das Wort, Sie haben es die ganze Nacht gehabt. In Bezug auf den Film „Im Westen nichts Neues“ muß ich auf die Reichslage verweisen, nach der ein Eingreifen des Reichsinnenministeriums zunächst ausgeschlossen ist.)

Abg. Dr. Frank II-München (Nat.-Soz.): Minister Dr. Brüning vernichte das Material über die Verfolgung unserer Bewegung. Ich lade den Minister ein, sich dieses Material in den Krankenhäusern anzusehen. Liebe deutsche Volksgenossen! (Rufen bei den Kommunisten.) Das gilt nicht für Sie, Sie sind ja Affen! (Stürmischer Beifall rechts.)

Präsident Lobe bezeichnet die Anrede „Affen“ im Reichstag als unzulässig.

Abg. Bus (Komm.) hält den Nationalsozialisten vor, daß ihre landwirtschaftlichen Führer noch am 15. Februar 1930 aufgefordert hätten, polnische Wanderarbeiter einzustellen und die deutschen zu entlassen. (Rufe rechts: „Lüge!“)

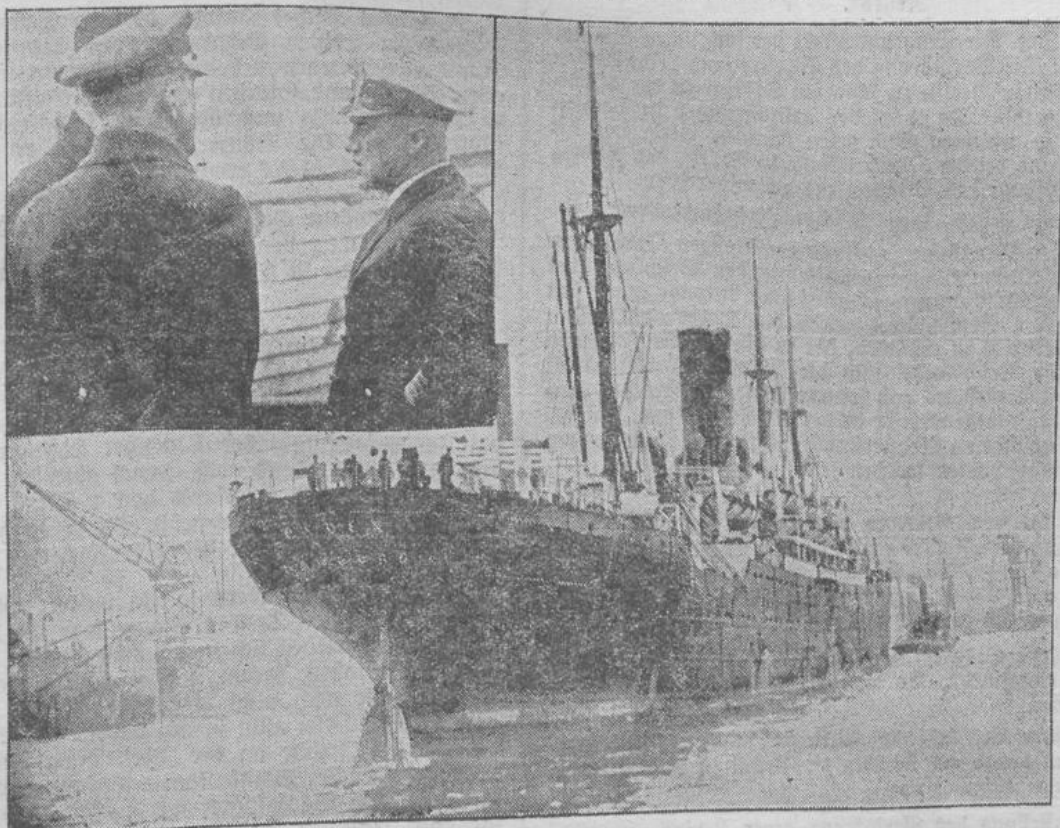
Abg. Dr. Jöckel (Wirtschp.) erklärt, die Bestimmungen der Notverordnung über den Wohnungsbau hätten den Anreiz für die private Bauwirtschaft, Neubauten herzustellen, vollständig zertrümmert.

Abg. Abel (Volksnat.) erklärt, der Reichstag habe kein Recht, sich über die Anwendung des Artikels 48 zu befassen, denn dieses Parlament habe sich selbst ausgeschlossen durch den Mangel an klarer politischer Zielsetzung und durch die heimliche Interessenspolitik der Parteien. Die Volksnationalen würden der Notverordnung zustimmen. Der Außenminister hätte sofort den deutschen Gesandten aus Warschau abberufen müssen. Der Minister habe der deutschen Sache einen sehr schlechten Dienst erwiesen, mit seiner viel zu weichen Antwort. Die Kündigung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens wäre freilich nicht zu rechtfertigen.

Abg. Torgler (Komm.) meint, die Frage der nationalen Minderheiten werde nicht durch kapitalistische Staaten gelöst, sondern durch die polnischen und die deutschen kommunistischen Arbeiter.

Abg. Schneider-Berlin (Stp.) erinnert an die Notlage der arbeitslosen Angestellten, die durch die Notverordnung noch verschärft werde. Auch für die durch die dauernden Tabaksteuerverhöhungen geschädigten Angestellten und Arbeiter seien besondere Hilfsmassnahmen notwendig. Bei der Einbeziehung der Behördenangestellten in die Gehaltskürzung sollte der Finanzminister ernstlich prüfen, ob hier nicht eine Staffelung des Abzuges sozialer sei.

Abg. Fr. (Wirtschp.) bekämpft die Steuerpolitik der Regierung, die die Tendenz verfolge, die freie Wirtschaft immer mehr zurückzudrängen. Diese sozialistische Tendenz zeige sich auch in allen übrigen Zweigen der Politik. Die Wirtschaftspartei wende sich nicht gegen die Sozialpolitik.



Wieder daheim.

Der Hapagadampfer „Baden“ bei seiner Ankunft im Hamburger Hafen. Wie immer, ist das Schiff während der brasilianischen Revolution in Rio de Janeiro beschossen worden. Zahlreiche Spuren der Beschädigung sind noch zu sehen, u. a. fehlt der vierte Mast gänzlich.

Oben links: der Kapitän des Dampfers, Rollin, im Gespräch mit Vertretern der Reederei.

Abg. Haag (Ddöf.) führt Klage über die Schädigung des deutschen Weinbaues durch die Gemeindegeldsteuer. Die deutsche Zoll- und Handelsvertragspolitik müsse eine grundsätzliche Änderung erfahren. Der deutsche Obst- und Gemüsebau leide außerordentlich schwer unter der übermäßigen und überflüssigen Einfuhr aus dem Ausland.

Abg. Zänke (Stp.) bedauert, daß die Regierung an einem Eingriff in die Rechte der Beamtenchaft nicht vorbegehen konnte. Jetzt sei ein schneller Preisabbau notwendig, um das Opfer erträglich zu machen.

Nach weiterer Aussprache wurde abgestimmt. Zunächst wird der Etat für 1931 dem Haushaltsausschuß überwiesen, dann folgt die

namentliche Abstimmung

über die Anträge der Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschen und der Wirtschaftspartei auf Aufhebung der neuen Notverordnung der Regierung. (Siehe oben.)

Auch die Mißtrauensanträge abgelehnt.

Ein unzulässiger „Vertrauensantrag“.

Berlin, 7. Dezember.

Nachdem der Antrag auf Aufhebung der Notverordnung abgelehnt war, sollte der von den Nationalsozialisten gestellte Vertrauensantrag zur Behandlung kommen. Abg. Esser (Ztr.) beantragte, das Haus darüber entscheiden zu lassen, ob der nationalsozialistische Antrag zulässig sei, da er nicht ernst gemeint sei. Bei der Geschäftsordnungsdebatte, die sich nun entwickelte, ging es sehr lebhaft zu, so daß Präsident Lohde mit Ausschluß von der Sitzung drohen mußte.

Der Antrag Esser wurde mit 298 gegen 233 Stimmen bei 22 Stimmenthaltung angenommen. Dadurch war das nationalsozialistische Vertrauensvotum für die Regierung als unzulässig erklärt und konnte nicht zur Abstimmung gebracht werden.

Hierauf kamen die Mißtrauensanträge der Wirtschaftspartei, der Deutschen und Kommunisten zur gemeinsamen namentlichen Abstimmung.

Die Mißtrauensanträge wurden mit 291 gegen 256 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Es wurde sodann noch der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Juli-Notverordnung mit 307 gegen 35 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Für die Aufrechterhaltung dieser Verordnung, die die Hilfe enthält, hat auch die Landvolkpartei gestimmt.

Die weiteren noch sehr zahlreichen Abstimmungen wurden auf Dienstag vertagt.

Nach den Abstimmungen.

Der Kanzler hat sein Ziel erreicht.

Das Ergebnis der Reichstagsabstimmungen wird in parlamentarischen Kreisen der Mitte als ein außerordentlich starker Erfolg des Kabinetts und namentlich des Kanzlers gewertet. In Kreisen der Opposition wird allerdings darauf hingewiesen, daß der Erfolg der Regierung doch in erster Linie tatsächlicher Natur sei. Dem hält man in der Mitte entgegen, daß bei diesem Reichstag ja gar keine Möglichkeiten einer Mehrheitsabstimmung vorhanden sind, die die Grundlage für eine kräftige Politik bilden könnten. In diesem Zusammenhang ist zu unterstreichen, daß der Kanzler auch zeitlich seiner Willen durchgesetzt hat. Wie schon am letzten Montag berichtet wurde, hatte er die Absicht, die Reichstagsverhandlungen mit den entscheidenden Abstimmungen bis zum Samstag zu Ende zu führen. Das ist ihm gelungen.

Miðtrauensanträge gegen Curtius?

In der kommenden Woche wird es vielleicht für das Kabinett Brünning noch eine Schwierigkeit zu überwinden geben: Wenn eine außenpolitische Debatte einsehen sollte, so wird damit zweifellos ein Mißtrauensvotum gegen den Reichsaussenminister Dr. Curtius verbunden sein. Wie sich in diesem Falle die Mehrheitsverhältnisse gestalten werden, läßt sich schwer voraussagen. Es verläutet, daß mit einem Vorstoß von Parteien, die sonst hinter der Regierung stehen, gegen Curtius zu rechnen sei. Genannt wurden die Landvolkpartei und die Christlich-Sozialen. Letztere haben bereits darüber beraten, wann ein Mißtrauensantrag gegen Curtius vorzulegen sei. Diese Stellung dürfte vor allem mit der Haltung des Ministers gegen Polen anläßlich des Terrors gegen die deutschen Minderheiten begründet werden.

In den Kreisen der Regierungsparteien herrscht immerhin die Ansicht vor, daß die Mehrheit, die sich am Samstag ergab, genügend groß sei, um auch beim Abbröckeln einiger kleinerer Gruppen die Ablehnung des Mißtrauensvotums herbeizuführen. Aber die Regierung wird jetzt schon zweifellos versuchen, die außenpolitische Debatte zu vermeiden.

Wiener Pressestimmen.

Wien. Wiener Blätter bezeichnen die Abstimmung im Reichstag als einen großen Sieg Brünnings. Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ schreiben dazu: „Das Kabinett Brünning hat sich als eine Regierung von wirklichen Persönlichkeiten gezeigt. Ein Führer muß vor allem auch Herr sein können gegen die eigenen Leute, wenn es das Interesse der Allgemeinheit erfordert.“ — Nach der „Neuen Freien Presse“ hat die deutsche Sozialdemokratie den Reichskanzler Brünning gerettet und damit die politische Sühne für den unversöhnlichen Bruch der Koalition im vorigen Frühjahr gegeben. — Im „Neuen Wiener Tageblatt“ schreibt der Berliner Berichterstatter: „Das größte geschehensfähige Werk seit langer Zeit ist vor Zerstörung gewahrt geblieben. Brünning hat erreicht, daß im Interesse der Beruhigung der Wirtschaft und Aufrechterhaltung des Kredit Deutschlands die Entscheidung genau in der Stunde, die er bezeichnete, gefallen ist.“

Vor der Umbildung des Kabinetts?

Eine volksparteiliche Stimme.

Unter dieser Überschrift beschäftigt sich ein Leitartikel der „Berliner Stimmen“, des Organs der Deutschen Volkspartei Groß-Berlins, mit der politischen Lage. Die Deutsche Volkspartei steht in der Notverordnung nicht das Ende, sondern nur einen Anfang der Reformen. Sie ist der Auffassung, daß noch Durchgreifendes geschehen muß, zu dessen Durchsetzung sie sich alle weiteren Schritte vorbehält. In der Außenpolitik wird eine starke Aktivität in Erscheinung treten müssen. Das Kabinett Brünning kann seine weiteren Aufgaben aber nur erfüllen, wenn es über die notwendige Autorität im

Volke verfügt. Ohne diese Autorität kann das Kabinett auf die Dauer nicht gegen eine starke Opposition regieren, die nur verhältnismäßig weniger Stimmen bedarf, um ihre Minderheit in eine Mehrheit zu verwandeln.

Nachdem nun auch der Reichsjustizminister Dr. Bredt aus dem Kabinett ausgeschieden ist, kann man diesem Kabinett schließlich nicht mehr die volle Autorität zusprechen, wie sie zur Durchführung seiner schwierigen Aufgaben notwendig ist. Man darf auch darauf hinweisen, daß der Reichsinnenminister Dr. Wirth durch seine Finkorientierung wiederholt die berechtigte Kritik herausgefordert hat.

Wenn das Kabinett wirklich eine vollkommen unantastbare Stellung über den Parteien einnehmen will, so haben darin keine Parteiminister Platz, die sich nach einer gewissen Parteirichtung hin exponieren. Es wird daher auch die Aufgabe der nächsten Zeit sein, die notwendige Autorität der Regierung durch Befestigung der parlamentarischen Grundlagen und durch eine wohlüberlegte Umgestaltung des Kabinetts herbeizuführen.

Stegerwald über die Lage.

Die Stunde der Wirtschaftsverbände.

Düsseldorf. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprach Sonntag in einer Massenfunktion der Christlichen Gewerkschaften über die gegenwärtige Wirtschaftslage und führte u. a. aus:

Die Befundung des deutschen Staates kann nicht mit kommunistischen und nationalsozialistischen Rezepten erzielt werden. Das russische System auf Deutschland übertragen, würde für das nächste Jahrzehnt den Hungertod für mindestens 10 bis 12 Millionen Menschen, insbesondere für Arbeiter und kleinere Leute bedeuten. Die Verwirklichung des nationalsozialistischen Programms bedeutet innerpolitisch den Bürgerkrieg, innerwirtschaftlich das größte Durcheinander und außenpolitisch die Isolierung und Aushungerung Deutschlands. Der Minister ging sodann auf das von der Regierung aufgestellte Programm zur Behebung der Wirtschaftskrise ein.

Zum Schluß seiner Rede erklärte Stegerwald: Reichskanzler und Finanzminister haben in den letzten Wochen überlebenswichtiges geleistet, um ein großes Sanierungswort zu vollbringen. Die Reichsregierung aber kann allein nicht alles tun. Jetzt ist die Stunde der Wirtschaftsverbände der Deutschen Industrie, der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und der Spitzenverbände der großen Gewerkschaften gekommen. Sie müssen nun das übrige tun, um das Vertrauen des In- und Auslandes in die deutsche Wirtschaft wieder herzustellen, um Pessimismus und Mißlosigkeit nachdrücklich zurück zu drängen.

Barthou bildet ein Kabinett.

Konzentrationskabinett oder nur neue Spitze?

Paris. Senator Louis Barthou hat den Auftrag, das neue Kabinett zu bilden, angenommen.

Als er den Präsidenten der Republik verließ, erklärte er den Journalisten: Ich habe grundsätzlich den Auftrag angenommen. Aber überlieferungsgemäß muß ich zunächst Besprechungen vornehmen, die niemals notwendiger waren als heute.

Politische Tageschau.

Wieder eine Maffia auf dem Paulboden.

Berlin, 7. Dez. Nach Mitteilung des Polizeipräsidenten war die Polizei auf Grund einer Anzeige wieder genötigt, auf einer Mensur zu erscheinen, die in Anwesenheit von etwa 100 Studenten in einem Lokal in Schöneberg stattfand. Als die Polizeibeamten eintrafen, war die Mensur bereits beendet. Die vorgefundenen Schläger mußten nach den Bestimmungen beschlagnahmt werden. Soweit die anwesenden Personen sich nicht ausweisen konnten, wurden sie auf das zuständige Polizeirevier gebracht und nach Feststellung ihrer Personalkarte wieder entlassen.

Der Film „Im Westen nichts Neues“ wird weitergespielt.

Berlin, 7. Dez. Die Direktion des Mozart-Saales hat sich entschlossen, den Film „Im Westen nichts Neues“ weiterzuspielen. Die Polizei wird zur Sicherung eines unge störten Verlaufes der Vorführung jeden erforderlichen Schutz stellen. Besprechungen über die bekannten Vorgänge im Mozart-Saal haben im Polizeipräsidium nicht stattgefunden.

Sächsischer Antrag auf Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“.

Dresden, 7. Dez. Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt mit: Die Vorführung des Bildstreifens „Im Westen nichts Neues“ hat in Berlin zu schweren Störungen der öffentlichen Ordnung geführt. Da es bei den Aufführungen in Sachsen mit Sicherheit zu weiteren Störungen kommen wird, hat die sächsische Regierung bei der Oberprüfstelle in Berlin den Antrag gestellt, die Zulassung des Bildstreifens zu widerrufen.

Strasfanzeige gegen einen Reichstagsabgeordneten?

Deffau, 6. Dez. Der Gesamtverband der hiesigen Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei faßte einstimmig den Beschluß, über die Berliner Parteileitung unverzüglich eine Anzeige gegen den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Seger aus Deffau wegen Landbeschlusses zu erwirken, der in einigen Äußerungen Segers über die Reichswehr und die Junkers-Werte erblickt wird. Der Gesamtverband gab seinem starken Befremden darüber Ausdruck, daß wegen dieser in der Resolution als „Landbeschlüsse“ bezeichneten Äußerungen nicht von Amis wegen gegen Seger eingeschritten worden sei.

(:) Durch das vom Reichstag jetzt angenommene Gesetz über die Neuordnung der Aufwandsentschädigungen für Reichstagsabgeordnete werden die Bezüge der Mitglieder des Reichstags auf 600 Mark im Monat festgelegt. Das bedeutet eine Verminderung um etwa 20 Prozent.

: Der gestrige Präsident von Brasilien, Washington Luiz, ist in Cherbourg eingetroffen. Er wird in Frankreich längere Zeit Aufenthalt nehmen.

— Nach einem Beschluß der Vertreter des englischen Bergarbeiterverbandes wurde am Montag die Arbeit in den englischen Bergwerken wieder aufgenommen.

Einstellung des Verfahrens gegen Levine.

Wien, 7. Dez. Der Staatsanwalt hat das Verfahren gegen den Özeanflieger Levine aus Mangel an Beweisen eingestellt.

Aus der Heimat

Montag den 8. Dezember 1930

* **Haltet mit Einkäufen und Ausstragen nicht zurück!** Die Handwerkskammer zu Alnsberg schreibt uns: Die wirtschaftliche Lage auch des gewerblichen Mittelstandes hat sich im abgelaufenen Monat weiter ganz erheblich verschlechtert. Es macht den Eindruck, als ob die Verbraucher noch auf weiteren Preisabbau wartet und alle aufklärenden Mitteilungen unbeachtet gelassen hat, wonach die Preise ganz überwiegend bereits so weit gesenkt worden sind wie das der Stand der Inflationsfaktoren gestattet. Die Zurückhaltung der Verbraucher wirkt den Bestrebungen der Regierung auf Ankurbelung der Wirtschaft direkt entgegen. Es darf doch nicht vergessen werden, daß die Beziehung regelmäßiger Einkünfte seit 1927 eine dauernde Steigerung der Kaufkraft ihres Gehaltes und Lohnes empfangen haben. Wenn auch diese Kreise davon absehen, die vorhandenen Möglichkeiten, Arbeit zu schaffen, auszunutzen, dann ist das durchaus falsch. Das Ziel aller Bestrebungen muß sein, möglichst viele Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozeß einzuschalten und das ist nur möglich, wenn jeder, der dazu in der Lage ist, seinen Bedarf deckt und dem gewerblichen Mittelstand, Handwerk, Handel und Gewerbe, möglichst viele Aufträge erteilt. Arbeit, geregelte Tätigkeit sind die Grundlagen von Ruhe und Ordnung, die es aufrecht zu erhalten gilt. Deshalb heraus mit allen Arbeiten, deren Vergebung noch zurückgestellt ist, damit als bestes Weihnachtsgeschenk möglichst vielen Volksgenossen das wird, was sie am meisten entbehren: Arbeit und Verdienst.

Laasphe:

* **Verkaufsfreie Sonntage.** Die gemeinschaftlichen Bemühungen des Landrats des Kreises Wittgenstein und des Verbandes der Gewerbevereine der Kreise Siegen und Wittgenstein e. V., Weidenau-Sieg, den dritten Sonntag vor Weihnachten als verkaufsfreien Sonntag wegen der besonderen Verhältnisse im Kreise Wittgenstein, frei zu bekommen, sind nach Anweisung des Regierungspräsidenten unter Bezugnahme auf ministerielle Anweisungen gescheitert. Es sind daher nur die beiden letzten Sonntage vor Weihnachten, also der 14. und 21. Dezember für den Verkauf freigegeben. Auch im benachbarten Kreise Siegen ist der dritte Sonntag vor Weihnachten nicht verkaufsfrei. Die Bevölkerung wird deshalb gebeten, ihre Einkäufe in den Geschäften des Kreises Wittgenstein an diesen beiden Sonntagen zu tätigen. Dr. Na-

Am, der Schriftleitung: Leider kam die obige Zuschrift des Herrn Dr. Nahe erst heute morgen in unsere Hände. Wir waren der Meinung, daß es den seit alten Zeiten bekannten „Kupfernen Sonntag“ auch in diesem Jahre gäbe, zumal im benachbarten Hessen die Werbetrommel eifrig für diesen Tag gerührt wurde. Wenn unser Regierungspräsident sich auf ministerielle Anweisungen beruft, muß man ihm entgegenhalten, daß die Provinz Hessen-Nassau demselben Minister unterstellt ist. Aber heute soll eben alles, was aus früherer Zeit stammt, beseitigt werden, mag die Maßnahme noch so unsinnig und für die Geschäftswelt wie die Landbevölkerung gleichermäßen unvorteilhaft und hemmend sein. Der Begriff „Angebotenschieß“ kann auch überbunden werden. Den Herren, die derartige Verordnungen herausgeben, und die von keinerlei finanziellen, insbesondere steuerlichen Sorgen bedrückt sind, mag ein kupferner Sonntag lächerlich und überflüssig erscheinen. Die hart ringende kleine Geschäftswelt muß dagegen, um der wahnsinnigen Steueranforderung zu genügen, heute sehr mit den Pfennigen rechnen und jede Gelegenheit zum Verkauf wahrnehmen. Für uns hier ist die Lage infolgedessen mißlich, weil die heftige Konkurrenz von dem Verbot nicht betroffen wurde. Man braucht wirklich kein Anhänger der extremen Parteien zu sein, um zu wünschen, daß dem einseitig eingestellten Parteibuchbeamtentum einmal ganz energig der Standpunkt klar gemacht und ihm gegenüber die Belange des gewerblichen Mittelstandes wie des Volkes überhaupt mit Nachdruck vertreten würden. Man sollte doch wirklich, wo heute das geschäftliche Leben schon sehr stinkt, dieses nicht erschweren, sondern alles tun, um es zu fördern.

* **Streut Mähe!** Infolge des am Samstag nachmittag einziehenden leichten Schneefalles und des seit vergangener Nacht eingetretenen nebelhaften Tauwetters hat sich auf allen Wegen und Straßen eine glatte Eisfläche gebildet, die zu passieren nicht ungefährlich ist und leicht zu Unfällen führen kann. Die Bürgerchaft sei daher eindringlich an ihre Streupflicht erinnert.

* **Bestandene Gehülfenprüfung.** Der Schriftföhrerlehrling Rud. Schwarz von Wallau bestand vor der betr. Prüfungskommission in Siegen seine Gehülfenprüfung mit dem Prädikat „gut“.

* **Der Konflikt „Das lockende Ziel“** mit Kammerfänger Richard Tauber hatte einen großen Erfolg hier aufzuweisen und hat allgemein sehr gut gefallen. Die Vorstellung gestern abend war zum Beispiel ausverkauft. Auf vielfachen Wunsch hat sich die Leitung der Laasphe Lichtspiele bereit erklärt, den Film heute abend noch einmal abrollen zu lassen. Zum Eintritt gilt ein Einheitspreis von 1 Mark, jedoch sich also frühzeitiges Gehen empfiehlt. Die ersten haben die besten Plätze. Näheres aus der heutigen Anzeige.

* **Der Nikolausabend** sah in unserer Stadt wie immer ein recht bewegtes Treiben. Kaum war die Dunkelheit herabgebrochen, trieben sich vermummte Kinder in großer Zahl auf den Straßen herum. Dabei waren viele allerleinsten Garmutur, die noch nicht lange das Laufen gelernt hatten. Wenn die Bettelei nicht so arg dabei wäre, könnte man den Kindern die Freude an der Verkleidung schon gönnen. In weiter vorgerückter Stunde kamen alsdann auch die „Großen“ zu Wort. Ein Bärenführer mit großem Tanzbären und ein zierliches Ehepaar, das trotz der kalten Winternacht einen Kinderwagen durch die Straßen schob, erregte viel Aufsehen und verurteilte einen Menschenauflauf und viel Heiterkeitsausbrüche.

Erndtebrück:

Die Familienfeier des Turn- und Sportvereins am Samstagabend erfreute sich eines überaus regen Besuches. Es ist das immer wiederkehrende erfreuliche Bild, welches sich dem Turnverein bei seiner alljährlichen Winterveranstaltung bietet und Kunde gibt von der wachsenden Sympathie, die der Turnfache aus allen Kreisen der Bevölkerung entgegen gebracht wird. Was Turnerinnen und Turner an Freilebungen, Körperkulturbewegungen und an den Geräten boten, erfüllte jeden Turnfreund mit heller Begeisterung. Die Leistungen sind um so höher zu bewerten, als dem Verein für seine Übungsstunden nur der Schulsaal zur Verfügung steht. Was es heißt, das Interesse für die Turnfache unter solchen unzulänglichen Verhältnissen nicht nur lebendig zu erhalten, sondern den Verein auch immer weiter auszubauen, das vermögen nur die recht zu beurteilen, die seit langen Jahren freiwillig im Dienst der guten Sache stehen. Ihrer unermüdblichen Arbeit ist es zu danken, daß die Zahl der aktiven Turnerinnen und Turner zur Zeit erfreuliche Zunahme erfahren hat. Es wäre zu wünschen, wenn der langgehegte Wunsch des Vereins, ein geeignetes Turnlokal zu besitzen, endlich in Erfüllung gehen würde, denn erst dann können die heute noch schmerzenden Kräfte zur vollen Entfaltung kommen. — Die Veranstaltung wurde eingeleitet durch den Eröffnungsmarsch des Tambourkorps, das unter der zielbewußten Leitung seines neuen Führers Günter wohlverdienten Beifall erntete. Die Musik des Abends wurde ausgeführt von den jungen Turnbrüdern Ewald Becker, Carl Bald und den Gebrüdern Walter und Herbert Jung. Was diese angehenden Künstler boten, verdient volle Anerkennung, die ihnen auch in reichem Maße gespendet wurde. Der Vereinsvorsitzende, Lehrer Friedrich, der erstmalig einer solchen Veranstaltung vorstand, hat sich mit viel Geschick und Energie seiner neuen Aufgabe unterzogen. Die glänzende Entwicklung des Vereins wird daher nicht zuletzt seiner Leitung zu verdanken sein. In seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ansprache hieß er die Erschienenen namens des Vereinsvorstandes willkommen. Besonders begrüßte er die Mitglieder der Gemeinde- und Schulvertretung und gab dem Wunsch Ausdruck, daß es der jetzigen Gemeindevertretung gelingen möge, den Wunsch des Vereins in Bezug auf ein geeignetes Turnlokal zu verwirklichen. Im Turnverein sei kein Raum für Parteien, Konfessionen und widerstrebende Meinungen; das Ziel sei einzig und allein die Erziehung der heranwachsenden Jugend an Körper und Geist. Die Verwirklichung der Ideale sei der Zweck des Abends und wenn die Veranstaltung zur Mitarbeit bei den Turnveranstaltungen beitrage, sei der Zweck erfüllt. Im weiteren Verlauf des Abends wurde durch den etwas verspätet eintreffenden Bezirksvertreter Hahn, den der Vorsitzende noch nachträglich begrüßte, an drei Turnbrüder der Ehrenbrief der Deutschen Turnerschaft für 25jährige Tätigkeit an der Stelle verliehen. Es ist dies die höchste Auszeichnung, die die Deutsche Turnerschaft zu vergeben hat. Es waren dies: Ehrenvorsitzender Volkmar, Ludwig Becker und August Bald. Turnbrüder Volkmar dankte für die ihm und den beiden anderen Turnbrüdern zuteil gewordene Ehre. Ferner ehrte der Verein die Turnbrüder Karl Belz, Fr. Belz, Hrch. Schumannshausen, Wilh. Birkelbach, Karl Herling und Adolf Grebe durch Ueberreichung einer Urkunde durch den Vorsitzenden für 25jährige Mitgliedschaft. Turnbrüder Grebe wurde außerdem als langjähriger Kassier zum Ehrenmitglied ernannt. Für 10jährige Mitgliedschaft wurde den Turnschwestern Martha Müller, Auguste Birkelbach, Marie Wehant, Luise Ufflerbach und Anna Herling eine Kette mit dem Turnwappen überreicht. Zur weiteren Verschönerung trugen zwei Theateraufführungen bei, die in ihrer vollendeten Vortragform viel Beifall auslösten. Möge die mit allseitiger Befriedigung aufgenommene Veranstaltung ihren Zweck nicht verfehlen und zur Förderung der Turnfache beitragen. Gut Heil!

Birtelbach. Unfall. In einer hiesigen Schreinerei kam am Freitag voriger Woche ein sechsjähriger Junge mit der rechten Hand in die Zahnräder einer Maschine, wobei ihm die Hand bis zum Daumen abgequetscht wurde. Im den bedauerlichen Augen aus seiner Lage zu befreien, mußten erst die Zahnräder abmontiert werden. Es ist kaum zu verstehen, wie angesichts der bestehenden Vorschriften über die Sicherung von Maschinen, ein Unfall wie dieser vorkommen kann, durch den ein Kind für sein ganzes Leben zum Krüppel wird.

Verleumdung. Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts zu Arnberg begann am 3. Dez., vorm. 9 Uhr die Verurteilung der Verurteilung im Strafprozeß gegen den Spartenrentanten Hartmann-Debelhausen und den Gegenbuchführer Krotz-Schüller. Nach der Verlesung der beiden umfangreichen Urteile der 1. Instanz des erweiterten Schöffengerichts Siegen vom 19. 3. und 24. 7. 1930 begann die Vernehmung der Angeklagten zu den einzelnen Straffällen, die Gegenstand der Verurteilung bilden. Die Angeklagten hatten gegen das Urteil der 1. Instanz teilweise wegen der Bestrafung selbst und teilweise nur wegen der Höhe des Strafmaßes Berufung eingelegt. Soweit in der 1. Instanz Freisprechung erfolgt war, hat die Staatsanwaltschaft die eingelegte Berufung zurückgezogen. Die Vernehmung der Angeklagten ergab an Neuem nur eine erheblich stärkere Berufung Hartmanns auf angebliche Anweisungen des verstorbenen Landrats Dr. Kretschmar als in den früheren Verhandlungen. Nach umfangreicher Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Hartmann eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis und Abkennung der Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter für die Dauer von 2-5 Jahren. Gegen den Angeklagten Krotz beantragte er, trotzdem in der Beweisaufnahme festgestellt wurde, daß der Vater des Angeklagten den Kreispartasse kürzlich auf den entstandenen Verlust einen Betrag von ca. 4000 RM. erstattet hat, eine Erhöhung der Strafe auf 1 Jahr Gefängnis und zwar mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte, der in guten Verhältnissen lebte und ein angemessenes Gehalt bezog, einen leichtsinnigen Lebenswandel geführt und dadurch seinen Vater und die Kreispartasse empfindlich geschädigt habe. Nach dem Plaidoyer des Staatsanwalts gab Rechtsanwalts Beiß für den Angeklagten Krotz die Erklärung ab, daß er die eingelegte Berufung zurückziehe. Die Staatsanwaltschaft zog darauf auch ihre Berufung zurück, wonach das Urteil des Schöffengerichts vom 19. 3. 30, wonach Krotz, der wegen Untreue zu 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt war, rechtskräftig wurde. Rechtsanwalts Weiß-Siegen plaidierte als Vertreter des Angeklagten Hartmann in längeren Ausführungen auf Freisprechung bzw.

milbere Bestrafung. Er hob insbesondere hervor, daß der Angeklagte Hartmann ganz unter dem Einfluß des verstorbenen Landrats Dr. Kretschmar gestanden und im übrigen nicht aus unlauteren Beweggründen, sondern aus Gutgläubigkeit und Gutmütigkeit gehandelt habe, zudem sei seine Frau, wie ein ärztliches Zeugnis beweise, sehr schwer krank. Nach mehr als einstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende der Großen Strafkammer, Landgerichtsdirektor Dr. Krotz, gegen 8 1/2 Uhr abends das Urteil, wonach das Berufungsgericht für sämtliche strafbaren Handlungen, die das Gericht der 1. Instanz für erwiesen gehalten habe, ebenfalls den vollen Beweis für erbracht hält. Der Angeklagte Hartmann wurde verurteilt wegen Untreue, begangen durch unberechtigte und völlig unzureichend gesicherte Kreditgewährung im Falle M., aus der der Kreispartasse ein Verlust von ca. 17 500 RM. erwächst, zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten; wegen Untreue, begangen durch die gleichen Handlungen im Falle J., aus der der Kreispartasse ein Verlust von 2000 RM. und verminderte Einnahmen bereits erwachsen sind und noch erhebliche weitere Verluste erwachsen können, zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten; wegen Untreue, begangen durch die gleichen Handlungen im Falle K., aus der der Kreispartasse ein Verlust von ca. 17 500 RM. erwächst, zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten; wegen Untreue, begangen durch unberechtigte, völlig ungesicherte Auszahlungen an die früheren Angestellten der Kreispartasse in Höhe von ca. 47 000 RM., von denen ca. 36 000 RM. als verloren angesehen werden müssen, zu einer Gefängnisstrafe von 5 Monaten; wegen Untreue, begangen durch im Falle K. eine um rund 4500 RM. zu niedrige Zinsberechnung, erfolgte, zu einer Gefängnisstrafe von 1 Monat; wegen Betrugs, begangen durch Anlegung eines fingierten Schuldkontos und spätere fingierte Abdeckung des Schuldbetrages durch unberechtigtes Angreifen eines Guthabekontos zur Verschleierung eines sonst von ihm persönlich der Kreispartasse zu erhebenden Kassendefizits von 7400 RM., zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten; wegen fortgesetzter Urkundenfälschungen, begangen durch Zusehen von je einer Null hinter die Reichsmarkbeträge vom Vorstand bewilligter kleinerer Kredite und Vertäuschung der Bewilligung eines zehnfach höheren Kredits und durch Einschleusen eines falschen Kreditbeschlusses über 15 000 RM. vor den Protokollunterschriften der Spartenrentantenmitglieder, die die Ordnungsmäßigkeit der Kredite Prüfenden die Feststellung der Unregelmäßigkeiten verschleiern sollte, zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten; insgesamt also Einzelstrafen von 22 Monaten. Diese Strafen wurden in eine Gesamtgefängnisstrafe von 1 Jahr zusammengezogen. Das Berufungsgericht hat die in der 1. Instanz ausgesprochene Unfähigkeit des Beklagten zur Bekleidung öffentlicher Ämter aufgehoben und in der Begründung des Urteils ausdrücklich hervorgehoben, daß die Berufsungsverhandlung, die dem Angeklagten zur Last gelegten strafrechtlichen Verfehlungen, durch die der Kreis Wittgenstein um insgesamt ca. 300 000 RM. geschädigt worden sei, in allen Punkten bestätigt habe. Das Gericht würde dem Straf Antrag der Staatsanwaltschaft nicht nur entsprechen haben, sondern vielmehr noch darüber hinausgegangen sein, wenn dem Angeklagten Hartmann hätte nachgewiesen werden können, daß er sich durch strafrechtliche Verfehlungen persönliche Vorteile verschafft habe. Dieser Beweis sei jedoch bisher noch nicht erbracht. Da die Strafe nunmehr nicht mehr als 1 Jahr Gefängnis beträgt, hat sie nicht wie eine auch nur um einen Tag über 1 Jahr hinausgehende Strafe oder die Abkennung der Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter bei Rechtskraft von selbst den Amisverlust zur Folge. Es muß nunmehr vielmehr, sobald das gerichtliche Urteil rechtskräftig ist, erst noch das Disziplinarverfahren vor dem Kreisaußenrat und bei etwaiger Einlegung der Berufung gegen dessen Urteil, noch vor dem Oberverwaltungsgericht durchgeführt werden. Solange dieses Verfahren nicht rechtskräftig zu Ende geführt ist, hat Hartmann den Rechtsanspruch auf Weiterzahlung des halben Gehalts mit rund 3300 RM. Jahresbetrag. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß das Gericht diese Verpflichtung zur Weiterzahlung des halben Gehalts bei Zusammenziehung der Strafe absichtlich herbeigeführt hat und zwar nicht zuletzt aus dem Grunde, weil die Ehefrau des Angeklagten seit längerer Zeit schwer erkrankt ist, was der Verteidiger in seinem Plaidoyer ausdrücklich hervorgehoben und durch Vorlage eines ärztlichen Attestes noch besonders bestätigt und als Milderungsgrund angeführt hat. (Wittg. Kreisbl.)

Turnen * Spiel * Sport.

Fußball.

1. J.C. Laasphe — 1. Friedensdorf 2:1.
 1. Jgd. Laasphe — 2. Friedensdorf 1:3.
- Da die Friedensdorfer Jugend anderweitig verpflichtet war, hatte die Laasphe Jugend die 2. Mannschaft von Friedensdorf als Gegner.
- Schameder 1. Jgd. — Erndtebrück 1. Jgd. 2:2 (1:1).
- Schameder 2. Jgd. — Feudingen 2. Jgd. 4:1 (1:1).
- Feudingen 2. — Herberthausen 1. 4:1.
- Schameder 1. Jgd. — Feudingen 1. Jgd. 4:1.
- Wallau 1. — Frohnhausen 1. 6:1.
- Breidenbach 1. — Germ. Marburg 1. 4:1.

Aus Nah und Fern.

— **Costrop-Rauzel.** 180 Stunden im Bergwerk verschüttet und lebend geborgen. Bekanntlich wurden am vorletzten Freitag morgen der Zeche „Bitter“ in Rauzel durch Zubrechgehen eines Strebebecklers zwei Bergleute verschüttet. Zwei Tage später war es gelungen, mit einem der Verschütteten, dem Bergmann Wienspahl, der unterlebt geblieben war, in Verbindung zu treten. Man führte ihm seitdem durch ein Pressluftrohr frische Nahrung und frische Luft zu. Inzwischen wurden die Rettungsarbeiten mit fieberhafter Eile betrieben. Am vergangenen Freitag abend um 7,15 Uhr ist es endlich gelungen, den Verschütteten noch lebend aus seiner qualvollen Lage zu befreien. Er hat im ganzen 180 Stunden in seinem unterirdischen Gefängnis ausharren müssen. Wienspahl ist sofort in ein Krankenhaus überführt worden. Ueber sein Befinden ist noch nichts bekannt. Die Leiche seines Kollegen, des verunglückten Hauers Gahmann, der in der Nähe arbeitete, war bereits am Donnerstag geborgen worden.

— **Treue über den Tod hinaus.** Im Boll-Elfenroß (bei Alsfeld) war kürzlich ein Metzger gestorben, dessen Hund mehrere Tage nicht vom Grab seines Herrn wegzubringen war. Schließlich verlaufte man das Tier nach Oerohoven, aber auch hier hielt der Hund nicht aus, sondern kehrte wieder an das Grab seines toten Herrn zurück.

Zurückziehung von Wechselsteuermarken.

Berlin, 7. Dez. Eine soeben veröffentlichte Verordnung über die Zurückziehung von Wechselsteuermarken vom 3. Dezember 1930 befaßt u. a., die in den Ausführungsbestimmungen zum Wechselsteuergesetz vom 19. Sept. 1923 und in der Fassung des Artikels 1 Nr. 3 der Verordnung zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Wechselsteuergesetz vom 23. Dezember 1924 bezeichneten, auf Reichsmark und Reichspfennig lautenden Wechselsteuermarken dürfen vom 1. Januar 1931 ab nicht mehr zur Entrichtung der Wechselsteuer verwendet werden. Soweit diese Marken ungebraucht und am 1. Januar 1931 noch in den Händen von Steuerpflichtigen oder sonst im Verkehr sind, wird Ersatz geleistet, wenn er spätestens bis zum 30. Juni 1931 bei einem mit der Verwaltung der Wechselsteuer befaßten Finanzamt unter Einreichung der Steuermarken beantragt wird. Nach dem 30. Juni 1931 eingehende Anträge sind von der Berücksichtigung ausgeschlossen.

Neue Bombenfund in Lissabon.

Paris, 7. Dez. Wie Havas aus Lissabon berichtet, hat die Polizei 74 Bomben beschlagnahmt. Der Eigentümer des betreffenden Grundstücks wurde festgenommen. Die Polizei hat außerdem nach einer Untersuchung die Büroräume der Demokratischen Partei und die Redaktion der Zeitung „El Debate“ mit Bomben versetzt.

Die geheimnisvollen Todesfälle in Belgien.

Nebel die einzige Ursache?

Lüttich. Eine Kommission der Gesundheitsbehörde trat in Engis zusammen, um die Untersuchung über die Ursachen der geheimnisvollen Todesfälle in Engis und seiner Umgebung einzuleiten. Der Arzt der Ortschaft bestätigte mit allem Nachdruck, daß nur die ungewöhnliche Dichtigkeit des Nebels die Todesfälle verursacht habe. Betroffen wurde etwa ein Duzend der im Industriegebiet von Seraing gelegenen Gemeinden. Es wird berichtet, daß die aus den Fabriken ausströmenden Gase und Rauchschwaden für die Todesfälle nicht in Frage kommen. Bisher sind 54 Todesfälle verzeichnet.

Nach den Erklärungen der Ärzte, nicht nur von Engis, sondern auch von der ganzen Umgebung, ist der Nebel die einzige Ursache der gemeldeten Todesfälle. Die gestorbenen Personen litten an Lungen- oder Herzkrankheiten. Giftgase kommen nicht in Betracht.

Wiederholung.

Laasphe Lichtspiele!

Heute, Montag den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr nochmal das große Filmwunder

Das lockende Ziel!

Kammersänger
Richard Tauber

singt und spricht in dem 100-prozentigen Ton- und Gesangsfilm. Ein Tonfilm in vollendetester künstlerischer Schönheit und Reinheit.



Als Beiprogramm:

Flock und Glidie
ein tönendes Lustspiel.

Deutlich Wochenschau!

Einheitspreis auf allen Plätzen
RM. 1.—

Wetterbeobachtungen

Wetterausblick für Dienstag: Anhalten des überwiegend trüben und zu Niederschlag neigenden Wetters, etwas milder, südwestliche Winde.

Wetterbeobachtungen der Aufbauschule Laasphe.

Don heute, 8. 12., 8 Uhr vormittags	
Temperatur:	-2° C
Barometerstand: (gestern — mm)	766 mm
Feuchtigkeit der Luft:	100 %
Höchste Temperatur (seit gestern 8 Uhr vormittags):	+5° C
Niedrigste Temperatur:	-1° C
Niederschlagsmenge:	— mm

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen
sprechen wir unseren innigen Dank aus.
Familie Wwe. Chr. Harth.
Laasphe, den 8. Dezember 1930.

Vaterländischer Frauenverein.

Mittwoch den 10. Dezember, 8 Uhr abends
im Westfälischen Hof in Laasphe

Verlosung und Kaffeetrinken.

Wir laden die Frauen und jungen Mädchen von
Laasphe und Umgebung herzlich ein. Kaffeekarte 80 Pfg.
Der Vorstand.

Spenden zur Verlosung werden bis zum
8. Dezember, Schloßstraße 20 (Oberförsterei) dankend
angenommen.

Einen großen Posten
**Porzellan-, Glas-,
Steingut- u. Kristallwaren**
verkaufe mit
20—25% Rabatt.

Es ist jedem Gelegenheit geboten,
**sehr billige Weihnachts-
Geschenke**
einzukaufen.

Auch Verlobte und Jungvermählte
finden hier die günstigste Gelegenheit
eines günst. **Ausstattungskaufs**
Aug. Mittelman, Laasphe

Suche per 1. Jan.
1931 ein ehrliches,
zuverlässiges

Mädchen
f. Geschäftshaus-
u. kl. Landwirtschaft.
Off u. B. R. an die
Exp. d. Wittg. Btg.

Unreines Gesicht

Pickel, Mitesser werden
in wenigen Tagen durch
b. Teinverschönerungs-
mittel **Wenus** (Stärke
A), Preis Mk. 2.75,
unter Garantie be-
seitigt. Gegen
Sommerprossen
(Stärke B), Preis 2.75.

**Wittg. Drogerie
M. Gink, Laasphe.**

Glückssucher / Roman von

18] **Erila Riedberg**

Nachdruck verboten.

„Ausruhen? Wo ich kaum angefangen habe? Liebe
Amalie, ich werde Tag und Nacht arbeiten müssen.“
„Mein Gott“, sagte sie, dem Weinen nahe. „Dann
werde ich also wieder immer allein sein.“

„Daran mußt du dich gewöhnen.“
„Aber wozu habe ich denn geheiratet?“
„Sicher nicht, damit ich meine Kraft und Fähigkeiten
im elenden Nichtstun vergeude. Daß dir ein für allemal
geklagt sein: Es gibt nichts, das mich von meinem Weg
abbringen könnte.“

„Was ist denn das für ein Weg, Robert? Willst du
weiter an der Börse spielen? Nimm dich nur in acht. . .
einmal glückt und das andere Mal geht's schief. Mein
seliger Mann sagte immer: alles sicher anlegen. Um besten
in Grundstücken, aber nichts mit Spekulieren zu tun
haben.“

„Einmal freilich, da hätten wir einen tüchtigen Bazen
verdienen können. Hier aus Berlin kam ein Gründer, ein
Baunternehmer im großen nach Limmerode, der wollte
uns für einen hohen Preis unser ganzes Baugelände ab-
kaufen. . . eine Villenkolonie wollte er anlegen, gleich eine
ganze Straße bebauen. Mein Mann sagte aber, die Sache
wäre schwindelhaft, er wollte seine Baupläne selbst behalten.
Bald darauf ist er dann gestorben.“ schloß sie betrübt.

Janet horchte mit allen Sinnen.
„Und nachher“, fragte er gespannt.
„Nachher habe ich alles Land verkaufen lassen.“
„Zu welchem Preis?“
„Gott, sehr billig, ich wollte doch dort fort.“
„Warum hast du mir das nie erzählt?“
„Wozu? Ich habe doch nichts mehr von den Grund-
stücken.“

„Du hättest sie behalten müssen. Limmerode dehnt sich
immer weiter aus. Ueberhaupt steigt Bodenwert von Tag
zu Tag.“

„Ausdehnen wird sich Limmerode, das ist sicher. Der
Brennereibesitzer Müller besuchte mich vor einigen Wochen
und erzählte, sie wollten eine Zweigbahn nach der andern
Seite, nach Strehnitz zu, beantragen. Wenn die Bahn be-
willigt wird, so geht sie eine Strecke weit über unseren
Grund und Boden. . . dann würde der jetzige Besitzer
schon verdienen. Herr Müller sagte aber, es sollte durch-
aus nicht darüber gesprochen werden, sonst wenn der Plan
ruchbar würde, ginge alles drunter und drüber, ehe mal
die Genehmigung da sei. Jetzt wüßte nur er darum, und
wollte auch erst allein mit dem Landrat sprechen. Ich
habe ihm Stillschweigen fest zusagen müssen.“

Hinter Janets kantiger Stirn arbeiteten die Gedanken.
Wenn das sicher war. Wenn dort in Limmerode noch
keiner etwas wüßte.

Aber war das anzunehmen? Die dortigen Fabrikanten
mußten doch zuerst und längst früher unterrichtet sein, als
der Herr Müller.

Warum hatte ihm das alles die naive und sonst so
gesprächige Frau nicht schon längst erzählt?

Witzschnell sagte er einen Entschluß. . .
„Liebe Amalie“, wandte er sich freundlich zu ihr. „Du
kannst in den nächsten Tagen, vielleicht morgen, in die
alte Heimat fahren. Besuchst einige Bekannte, hörst, ob
sie von einem etwaigen Bahnbau wissen, aber verrätst mit
keinem Wort, was der Herr Müller dir anvertraut hat.
Versteht du mich?“

„Ja, ja. Ich verstehe dich schon. Aber Robert, wenn du
dort was kaufen willst, wohnen will ich da nicht wieder,
auch mit dir nicht.“

„Sollst du auch nicht, liebes Kind. Nur dich geschickt
und vorsichtig umhören, die Leute ausforschen, ohne selbst
etwas zu sagen. Wirst du das machen?“

„Ja. Aber warum willst du nicht mitkommen?“
„Weil das ausfallen könnte.“

„Es wäre doch so nett, wenn ich dich den Bekannten
vorstellen könnte. Tu's doch“, sagte sie in heimlicher Eitel-
keit auf den hübschen, jungen Mann.

„Nein. Diesen Weg mußt du zuerst allein machen.
Du bist doch eine Geschäftsfrau und wirst deinen Mann
doch helfen wollen.“

Seine lächelnde Freundlichkeit bezwang sie sofort.
Im Nu machte sie sich einen ganzen Plan zurecht, wie
sie es schlan anfangen und die Leute ausforschen werde,
ohne daß auch nur eine Seele etwas merke.

Liebevoll warnte sie ihn: „Bloß sei vorsichtig. Die
Limmeroder sind nicht auf den Mund gefallen. . . und
eigenförmig sind sie auch. Mein seliger Mann war Bürger-
vorsteher. Er hat sich gehörig mit ihnen herumgezankt.
Bestner hat immer gesagt: Bei Terrainpekulation kann
man am allerhöchsten herbeifallen. Heute geht's gut,
morgen schief! Deshalb hat er auch nie viele Grundstücke
gekauft.“

„In zehn Jahren ändert sich ein Ort“, sagte Janet
kurz. . .

„Ja, mehrere Fabriken sind von Berliner Unterneh-
mern gebaut. Riesig gewachsen ist Limmerode gewiß. Und
Müller sagte: Der Segen kommt erst. Bestner hat das
nicht vorausgesehen.“

Noch einmal wiederholte sie: „Aber bloß nimm dich in
acht, Robert. Mein Mann war vorsichtig, trotzdem hat
er gut verdient und keinen Übervorteil. Alles solide.
Und sicherer Erwerb. Der Müller hat immer ein großes
Wort gehabt, wollte oben hinaus und hatte beständig große
Pläne. Tüchtig mag er wohl sein. Seine Brennerei ist
stets gut gegangen. So'n Bißchen als Plausenmacher
hat er aber gekostet. Und ich meine, es müßten andere
da sein, die mehr wüßten als Müller.“

Janet hörte kaum noch auf ihre letzten Worte, obwohl
sie in aller Naivität das Richtige trafen. Ein neuer
glänzender Plan entstand und formte sich in seinem Geiste,
noch nebelhaft, doch aus diesem Nebel in großen Umrissen
sich lösend. . .

Amalie war nach kurzem Aufenthalt in der alten
Heimat hochbefriedigt und mit der Versicherung, daß kein
Mensch etwas von dem Bahnbau wisse, zurückgekehrt. . .
Nur Müller habe davon in aller Heimlichkeit geredet und
sich auch ein mehrere Morgen umfassendes Grundstück
zum Anlauf gesichert.

Beim Einkauf von Clever-Stolz
auf Wanne und Umschlagpapier
achten! Beide müssen den Na-
men Clever-Stolz tragen — nur
so haben Sie die Gewähr für
Echtheit und beständige Frische!

CLEVER STOLZ

"immer
frisch"



Aus der Clever-Stolz
Wanne. . .
Im Clever-Stolz Wickler.
Wenn „Clever-Stolz“ ver-
langt, jedoch eine andere
Marke verabfolgt wird, so
macht sich der Verkäu-
fer strafbar.

CS 6-11

Janet zögerte nicht länger.
Ran die Zweigbahn zu laufen, so galt es allen zuvor-
zukommen, denn sprach sich die Sache erst herum, so brach
unzweifelhaft eine tolle Spekulation ein, die den Grund-
stückswert um ein Vielfaches erhöhte.

So fuhr er denn ungelant nach Limmerode. . . sorg-
sam spähend und vorsichtig ausforschend.

Aber merkwürdigerweise traf er schon nach einigen
Tagen auf fähbares Mißtrauen.

Die Limmeroder wußten nichts Bestimmtes, aber sei
es nun, daß Müllers geheimnisvolle Wichtigkeit allmäh-
lich doch etwas durchsicheren ließ, soebenfalls witterten sie
irgendwo Verdienst und Vorteil.

Als Janet nach einiger Zeit zum Kaufen entschlossen
wiederkam, spürte er deutlich eine nicht geringe Gegen-
strömung. Außer ihm und Müller, der noch höchst günstig
abgeschlossen hatte, mußte noch jemand am Werke sein, ein
Spekulant, der jetzt schon hohe Preise zahlte.

Die Bauern, kleinen Rentiers und Handwerker, deren
Gärten und Land an der projektierten Bahnlinie lag, for-
derten bereits unerhörte Summen, hinter welchen die an-
deren, eine Ausdehnung des Ortes nach allen Richtungen
instinktiv witternd, nicht viel zurückblieben.

Janet lachte vor Lächer. Andererseits bestärkte ihn
diese Preistreiberi in der festen Ueberzeugung, hier ein
Spekulationsobjekt von großer Gewinnbringung gefunden
zu haben.

Ebenso hartnäckig wie die Besitzer, plagte er sich mit
ihnen herum, handelte, feilschte, schlug ab und kaufte
doch schließlich zu unvernünftig hohen Preisen eine An-
zahl Grundstücke, die, wenn die Bahn kam, günstig ge-
legen, andernfalls aber nahezu wertlos waren, wenn sie
nicht zu Industriezwecken ausgenutzt wurden. Völlig ver-
bissen in diesen Plan, verließ ihn das kluge Abwägen. . .
Er kaufte wie ein Mensch, der sich sagt: „Ich zahle zu-
viel, dennoch prelle ich den Verkäufer um mindestens das
Dreifache.“

Wie mit Röhren und Klauen hieß ihn Tag und
Nacht die Frage gepackt: „Wie heute ich dies erworbene
Terrain am vorteilhaftesten aus?“

Fabrikanlage? Villenviertel? Lustkurort?

Der einfache Wiederverkauf an die Bahnbauaktionäre
genügte ihm bei weitem nicht.

Er plante, grübelte und rechnete. . . und kam immer
wieder zu der Einsicht: Es reichte doch nicht. Zu einem
wirklich gewinnversprechenden Unternehmen fehlten die
Summen. . . Tatsächlich hatte er sich bereits überkauft. . .
Stets jedoch sagte er diese Erkenntnis in die tiefsten
Schlupfwinkel seiner Seele zurück. Nur nicht im kleinsten
steden bleiben.

Nicht allein den Aufstieg aus den Niederungen der
Plebs hinauf zu den Höhen der Besitzenden. . . die
Macht der anerkannt Herrschenden begehrte er.

Rechnen sollte man mit ihm. . . seinen Namen da
nennen, wo die „Größen“ unter sich überhaupt Namen
nennen.

Aber dazu gehörte mehr als das bisherige Glück im
Börsewandel und der Terrainspekulation, oh wieviel mehr.

(Fortf. folgt.)